



Presseinformation

Nr. 25.313

19.11.2025

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 1 – Aktuelle Stunde zur Einigung der Landesregierung mit dem BUND zur A20

Dazu sagt der Vorsitzende der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Lasse Petersdotter:

„Herr Minister Madsen, es freut mich, dass Sie ein Fan der Fledermaus sind!“

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete,

als Minister Madsen das erste Mal auf mich zukam und bekannte, dass er inzwischen ein Fan der Fledermaus sei, war mir nicht klar, wohin diese Entwicklung führen würde. Dass wir heute über eine Stiftung zum Schutz der Fledermaus mit einem Kapital von 14 Millionen Euro sprechen, hätte ich damals nicht erwartet. Umso mehr freue ich mich über diese gemeinsame Erkenntnis – auch wenn mir bewusst ist, dass die Sympathie des Ministers für die A20 möglicherweise ebenfalls eine Rolle bei dieser Entscheidung gespielt hat.

Dennoch möchte ich einige grundsätzliche Worte zur Fledermaus sagen. Denn es ist keineswegs egal, welche Population wir schützen. In den Segeberger Kalkberghöhlen leben mehr als 30.000 Fledermäuse – eine der bedeutendsten Populationen Nordeuropas. Die Fledermaus ist das einzige Säugetier, das aktiv fliegt, und sie spielt eine zentrale Rolle in unseren Ökosystemen: bei der Regulation von Insektenbeständen ebenso wie bei der Bestäubung.

Im Segeberger Raum finden wir sieben Fledermausarten. Deutschlandweit existieren etwa 25 Arten – jede einzelne davon ist vom Aussterben bedroht. Die Lage ist ernst, und wir nehmen sie ernst. Als Abgeordneter der Grünen ist es daher folgerichtig, dass ich heute den Schutz der Fledermäuse in den Mittelpunkt stelle – denn genau darum geht es, wenn wir 14 Millionen Euro für deren Erhalt zur Verfügung stellen.

Die Segeberger Höhlen sind sowohl für die Überwinterung als auch für die Sommerquartiere der Fledermäuse entscheidend. Manche Arten, wie die Bechstein- und die Teichfledermaus, können bis zu 20 Jahre alt werden. Einige der Tiere haben

somit bereits einen erheblichen Teil der öffentlichen Debatte zur A20 miterlebt. Andere werden uns noch begleiten, wenn die Ergebnisse des heutigen Beschlusses in den kommenden Jahren sichtbar werden.

Die nun beschlossenen Maßnahmen sind auch ein Kompromiss. Und ein Kompromiss bedeutet immer, dass beide Seiten auf etwas verzichten und zugleich etwas gewinnen. Bei der Fledermaus-Stiftung geht es insbesondere um die langfristige Sicherung der Kalkberghöhlen und der umliegenden Nahrungsgebiete. Gewerbeansiedlungen und Siedlungsbau haben bereits heute erhebliche Auswirkungen darauf. Fledermäuse brauchen Dunkelkorridore und großflächige, vernetzte Lebensräume. Sie sind nicht einfach verschiebbar wie Infrastruktur auf dem Reißbrett.

Mein Dank gilt daher ausdrücklich dem Naturschutz vor Ort. Die Stiftung wird mit rund 14 Millionen Euro ausgestattet – und das Geld geht direkt in den Schutz der Fledermäuse, nicht an den BUND. Es ist nämlich sinnvoller, diese Mittel in wirksamen Naturschutz zu investieren, als sie in etwaigen jahrelangen Gerichtsverfahren zu verlieren.

Der BUND hat als Anwalt der Natur an vielen Stellen vor Gericht Recht bekommen. Ich halte das für richtig. Wer vor Gericht Recht bekommt, hat Recht – und das sollte man weder politisch noch öffentlich relativieren.

Durch den heutigen Vergleich wird die Klage zum Teilstück 3 der A20 bei Bad Segeberg zurückgenommen. Das ist eine große Entlastung für die Menschen vor Ort. Zusätzlich wurden weitere Maßnahmen im Naturschutz vereinbart, etwa im Travetal. Auch diese Punkte sind wichtig und sie zeigen, dass der Weg des Ausgleichs funktioniert.

Wir bleiben – das überrascht niemanden – weiterhin keine Fans der A20. Aber es ist gut, dass ein gemeinsamer Weg zwischen Naturschutzverbänden, Landesregierung und anderen Akteur*innen gefunden wurde. Jeder Vergleich ist ein Dilemma: Man fragt sich, ob man genug erreicht hat oder ob man weiter hätte klagen sollen. Genau deshalb verdient es Respekt, wenn beide Seiten die Größe haben, sich auf einen Vergleich einzulassen.

Besonders freut es mich, dass Vertrauen aufgebaut wurde – zwischen Landesregierung und Naturschutzverbänden ebenso wie zwischen den Naturschutzverbänden und dem Wirtschaftsministerium. Das schafft eine Grundlage für eine neue politische Kultur im Umgang mit Infrastrukturprojekten: Früher miteinander sprechen, Interessen anerkennen, Ziele verstehen – das ist der richtige Weg.

Der heutige Beschluss ist ein Fortschritt für den Naturschutz, für die Infrastrukturpolitik und für unser Land.

Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53
presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de